



## **Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Hans Müller und Wolfgang Baasch (SPD)

und

## **Antwort**

der Landesregierung - Innenminister

### **Rückzug der Polizei aus dem „Runden Tisch in Sachen Demonstration Palmarum“ in Lübeck**

1. Ist der Rückzug des Vertreters der Landespolizei aus dem o.g. „Runden Tisch“ in Absprache mit der Landesregierung erfolgt, bzw. welche weiteren Stellen wurden im vornherein informiert?

Antwort:

Die regelmäßige Entsendung eines Vertreters der PD Lübeck am „Runden Tisch“ seit dessen Einberufung war ohne Rückkoppelung mit dem Innenministerium erfolgt.

Das gilt auch für den Rückzug der Polizei.

Über den Rückzug wurde der Landespolizeidirektor parallel informiert.

2. Aus welchen Gründen erfolgte der Rückzug der Landespolizei?

Antwort:

Die Einrichtung des „Runden Tisches“ erfolgte im Auftrag der Bürgerschaft Lübecks aus politischen Gründen. Da der polizeiliche Auftrag überparteilich und nur an Recht und Gesetz gebunden ist, hat die Polizei Lübeck wiederholt darauf hingewiesen, dass die Beteiligung nicht als Mitgliedschaft des „Runden Tisches“ zu verstehen ist. Vielmehr sollte eine Begleitung dahingehend erfolgen, über die Rolle und den Auftrag der Polizei neutral zu berichten.

Da bei den letzten Diskussionen des „Runden Tisches“ aus Sicht der Polizei deutlich wurde, dass es einer weiteren Erläuterung nicht mehr bedurfte und die Rolle der Polizei im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen hinreichend

dargestellt worden ist, war eine weitere Teilnahme i.S. einer Begleitung nicht mehr notwendig.

3. Unter welchen Voraussetzungen ist eine Rückkehr an den „Runden Tisch“ möglich?

Antwort:

Sofern im Einzelfall polizeifachliche Fragestellungen des „Runden Tisches“ zu beantworten sind, ist die Polizeidirektion Lübeck bereit, einen Vertreter zur Beantwortung derselben zu entsenden.

4. Wenn eine Mitarbeit am „Runden Tisch“ gegenwärtig nicht als sinnvoll erachtet wird, wie wird die Landesregierung künftig sicherstellen, dass Konfliktsituationen im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Rechtsextremisten vorgebeugt wird?

Antwort:

Die Polizeidirektion Lübeck hat in der Vergangenheit bereits großen Wert auf eine umfängliche Kommunikation mit allen Demonstrationsteilnehmern und sonstigen Beteiligten gelegt. Das wird sie auch künftig tun.

Neben der bisherigen Teilnahme am „Runden Tisch“ gehören dazu:

- Ein rechtzeitiger intensiver Austausch mit der Versammlungsbehörde der Hansestadt Lübeck (und damit auch mit dem Innensenator der Hansestadt Lübeck, zugleich Koordinator des „Runden Tisches“),
- ein frühzeitiger Dialog mit Anmeldern von Demonstrationen bis hin zu den obligatorischen „Kooperationsgesprächen“,
- Teilnahme an vorgeschalteten Bürger-/Anwohnerversammlungen mit Demonstrationsbezug,
- intensive anlassbezogene polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit,
- Verteilung von Flugblättern im vorgesehenen Demonstrationsraum zur Information von Anwohnern / Verkehrsteilnehmern,
- Einrichtung eines Bürgertelefons bereits Tage vor den Demonstrationen,
- Einsatz von besonders gekennzeichneten „Kommunikationsteams“ am Einsatztag,
- Erörterungen im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung / Polizeibeirat der Hansestadt Lübeck,
- Gespräche / Workshops / Teilnahme an öffentlichen Diskussionen mit Teilnehmern von Demonstrationen zur Nachbereitung des Einsatzgeschehens.